

7. September 1976 MW/rm

Besuch Wojtaszek

18.-20. September

Polen: Innenpolitische Lage

Zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten und eine Opposition, die sich auf verschiedene Kreise abstützt und sich durch grossen Einfallsreichtum auszeichnet, dominieren die innenpolitische Lage. Diese Konstellation hat eine zunehmende Resowjetisierung und eine verstärkte Einflussnahme der Parteilührung auf die Regierungsgeschäfte zur Folge.

Der Regierungsentscheid vom 24. Juni 1976, die künstlich niedrig gehaltenen Grundnahrungsmittelpreise stark zu erhöhen, trug massgeblich zu dieser innenpolitischen Lage bei.

Die plötzliche Anhebung der Preise führte zu Unruhen unter der Bevölkerung. Die Arbeiter von Ursus und Radom traten in den Streik; es kam zu Ausschreitungen zwischen den Ordnungskräften und Arbeitern; Streikende wurden inhaftiert. Diese Ereignisse erinnerten die Regierung an den Sturz Gomulkas, der 1970 über die Preiserhöhungen gestolpert war; so zog es das Regime vor, den Entscheid nach wenigen Stunden rückgängig zu machen.

1 Im Seilziehen mit der Regierung konnte die Opposition - das "Komitee zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter" spielte dabei eine wichtige Rolle - einen entscheidenden Erfolg buchen; die inhaftierten Streikenden sowie die Mitglieder des Komitees wurden amnestiert. Mit diesem Nachgeben versuchte die



Regierung, den Opponenten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Jedoch fand die Opposition nun subtilere Formen des Widerstandes. Eine Manifestation davon sind die fliegenden Universitäten. Sie folgt einer Tradition, die im 19. Jahrhundert ihren Anfang nahm, als unter der zaristischen und preussischen Besetzung Universitäten nicht existieren durften.

Die Repressalien der Regierung im Zusammenhang mit den Ereignissen im Juni 1976 führten zur verstärkten Gruppierung, zur zunehmenden Solidarität und Ausweitung der Opposition. Wie in keinem anderen osteuropäischen Land ist es den Gegnern des Regimes gelungen, sich auf die verschiedensten Kreise der Bevölkerung abzustützen und dessen Sympathien zu erwerben.

2 Die Opposition fordert vom Regime die Beachtung der Menschenrechte und der in der Verfassung garantierten Bürgerrechte; sie besteht insbesondere auf der Garantie der Vereinigungs- und Publikations- und Pressefreiheit. Die katholische Kirche - sie wird vom Regime als ebenbürtige politische Macht ernstgenommen - stimmt oft in diese Forderungen ein. Für sich verlangt sie die Anerkennung der Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechtes durch den Staat und die Möglichkeit der ungehinderten Entfaltung in ihrer traditionellen nationalen und kulturellen Rolle.

Mehr als in jedem anderen Satellitenstaat ist die Präsenz einer kommunistischen Regierung in Polen eine nationale Notwendigkeit. Diese Tatsache wird von der Bevölkerung nur widerwillig akzeptiert und nährt die Forderungen der Opposition. Die Ansprüche der Widersacher des Regimes spiegeln den polnischen Individualismus und Nationalismus und stemmen sich gegen die Monopolisierung des polnischen Alltags durch den Staat. Auf diese Herausforderungen der Opponenten antwortet die Regierung bald mit Konzessionen, bald mit Repressalien; dabei folgt sie dem Grundsatz "divide et impera".

3 Zu allem Ueberfluss legte sich das Regime kürzlich auch mit den Bauern an. Als Folge der Entstalinisierung in Polen

wurde 1956 über 80% des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens reprivatisiert und Kleingrundbesitzern zugeteilt; der Staat behielt jedoch das Monopol über die Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte. Da die Regierung ökonomisch gerechtfertigte Preiserhöhungen noch nicht durchsetzen konnte, versucht sie von den Bauern, die Produkte zu einem tiefen Preis zu erhalten. Die "Tricks", die sie dabei anwandte stiessen auf das Missbehagen der Bauern: Milchstreiks und Hilferufe an die schon bestehende Opposition waren die Folgen.

Die Führungsspitze sah sich auch innerhalb der regierenden "Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei" vermehrten Spannungen gegenüber: Die Konzeptlosigkeiten in politischen und wirtschaftlichen Fragen mit einer zunehmenden Sowjetisierung der Innenpolitik zu beantworten, stiess auch innerhalb der Partei auf Widerstand. Die Auseinandersetzungen scheinen sich zugunsten der Vertreter der härteren Linie entschieden zu haben.